



Herrn  
Oberbürgermeister  
Dieter Reiter  
Rathaus  
Marienplatz 8  
80331 München

**Antrag**  
03.08.2015

### **Die Stadt spricht Klartext: Wie lange noch „Willkommenskultur“?**

Ich beantrage:

Der Stadtrat beschließt ein „Zuwanderungskonzept 2015 plus“, das Eckpunkte eines kommunalen Managements der anhaltenden „Flüchtlings“-Katastrophe festschreibt und der Öffentlichkeit zur Kenntnis bringt.

#### Begründung:

Im Oktober 2014 verabschiedete der Münchner Stadtrat – gegen die Stimme der BIA – im Rahmen eines städtischen „Programmes zur Unterbringung von Flüchtlingen und Wohnungslosen“ die Errichtung von rund 4000 Unterbringungsplätzen sowie die Ausgabe von rund 125 Mio. Euro aus Haushaltsmitteln zu diesem Zweck. Schon in der diesbezüglichen Stadtratsdebatte am 22.10. konnte weder der Oberbürgermeister noch das zuständige Sozialreferat noch irgendeiner der beteiligten Debattenredner ein tragfähiges und belastbares Konzept für den weiteren Umgang der LHM mit den zu erwartenden weiteren hohen „Flüchtlings“-zahlen vorweisen, wie es die BIA bereits damals forderte (nachzulesen im Sitzungsprotokoll, insbes. S.112ff.; hier: <http://www.ris-muenchen.de/RII/RII/DOK/SITZUNG/3544095.pdf>). Die einzige, inhaltlich wenig substantielle Erwiderung des Oberbürgermeisters auf den rund 20-minütigen Redebeitrag der BIA lautete damals:

*„Lassen Sie mich nur kurz anmerken, dass auch dieser heutige Wortbeitrag mich und alle demokratischen Kräfte in diesem Stadtrat darin bestärkt hat, dass es keinen Sinn macht, Ihre Wortmeldungen als Beitrag einer Meinungsbildung in einem demokratischen Auditorium auch nur zu kommentieren. Ein Satz sei mir erlaubt: Wir haben weder mit Arroganz, noch mit Ignoranz, sondern mit voller Absicht diese 125 Mio. € beschlossen - im Sinne eines humanitären Umgangs und einer vernünftigen Unterbringung von Flüchtlingen.“* (Quelle: ebd.; Kommasetzung im Original).

An dieser Haltung des Oberbürgermeisters und der weitaus überwiegenden Mehrheit  
b.w.

des Münchner Stadtrats hat sich bis auf den heutigen Tag nichts geändert. Mittlerweile verabschiedete der Stadtrat – stets gegen die Stimme der BIA – den sechsten sogenannten „Standortbeschuß“, und einschlägige Dokumente des Sozialreferats verzeichnen inzwischen rund 140 bestehende und geplante Unterkünfte für „Flüchtlinge“ im Münchner Stadtgebiet. Die Zugangszahlen sind seit Herbst 2014 nochmals exorbitant angestiegen, so daß die LHM inzwischen mit mindestens 12.000 Neuzugängen und darüber hinaus allein rund 10.000 sogenannten „unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen“ bis Jahresende 2015 rechnet. Derzeit – und vermutlich noch auf absehbare Zeit hinaus – kommen täglich (!) bis zu 700 „Flüchtlinge“ in München an, während gleichzeitig in ganz Bayern mittlerweile täglich (!) bis zu 1100 illegale Grenzübertritte registriert werden (dieser Spitzenwert wurde am 25.07. erreicht).

Infolge dieser Entwicklung sind nicht nur die von der Stadt noch im letzten Herbst zugrundegelegten Prognosen für die Unterbringung von Zuwanderern inzwischen völlig obsolet geworden. Auch das erst kürzlich in der Lore-Branz-Straße – wiederum gegen die Stimme der BIA im Stadtrat – eröffnete sogenannte „Ankunftszenrum“ mußte wegen des Massenansturms nach nicht einmal zwei Wochen zeitweise wieder gesperrt werden. Der Oberbürgermeister sah sich veranlaßt, den „Katastrophenfall“ auszurufen; unter Mithilfe des Technischen Hilfswerkes wachsen nunmehr im Münchner Norden Zelt-Siedlungen.

In Medienberichten wird der OB mit der Feststellung zitiert, er sehe sich „von Bund und Freistaat alleingelassen“, „und die Kommunen wie München müssen es jetzt ausbaden“ (so wiedergegeben z.B. von der „Bild“-Zeitung, 30.07.2015: <http://www.bild.de/regional/muenchen/fluechtling/zu-viele-fluechtlinge-stadt-muenchen-ruft-katastrophenfall-aus-42009138.bild.html>). Noch immer allerdings sieht sich der OB offenbar außerstande, dem Stadtrat und der Öffentlichkeit ein tragfähiges, plan- und belastbares längerfristiges Konzept vorzulegen, aus dem verbindlich und nachvollziehbar hervorgeht, wie die LHM längerfristig mit dem außer Kontrolle geratenen Zuwandererzustrom umzugehen beabsichtigt. Auch wenn man in Rechnung stellt, daß die LHM nur „Opfer“ der allgemeinen Situation ist und angesichts der Zuständigkeit des Freistaats nur über begrenzte Gestaltungsmöglichkeiten verfügt, kann dies kein Argument für die demonstrative Konzeptionslosigkeit der Stadt sein, die zwangsläufig zu desaströsen Situationen wie unlängst im Münchner Norden führen muß. Es kann schlechterdings keine Lösung – im Sinne des sozialen Friedens in unserer Stadt – sein, wenn sich die Stadtverwaltung von Monat zu Monat mit immer neuen „Standortbeschlüssen“ zu behelfen sucht, die faktisch nur auf die Einquartierung immer neuer „Flüchtlings“kontingente in immer neuen und immer größeren Unterbringungseinrichtungen im Stadtgebiet hinauslaufen.

Und: Lösungsvorschläge liegen aus dem In- und Ausland zuhauf vor. Sogar der bayerische Ministerpräsident flüchtete sich angesichts der aktuellen Eskalation zur Idee von „Ankunftscentren“, in denen Asylanträge schneller bearbeitet und aus denen abgelehnte Asylbewerber rascher wieder abgeschoben werden könnten – ein Vorschlag, den die BIA im Rathaus schon vor Monaten zur Diskussion stellte.

Das hier vorgeschlagene „Zuwanderungskonzept 2015 plus“ der LHM muß der Öffentlichkeit endlich verlässliche Koordinaten zum städtischen Umgang mit der anhaltenden Massenzuwanderung an die Hand geben. Es muß Aussagen u.a. zu den Fragen beinhalten:

■ Wann bzw. bei welchen Zugangszahlen sieht die Stadt die Aufnahmekapazität Münchens und die Grenze der Belastbarkeit erreicht? Oder schließt die LHM solche Grenzen grundsätzlich aus?

■ Wie und ggf. bis zu welcher Grenze beabsichtigt die LHM Unterbringung und Betreuung von „Flüchtlingen“ im Rahmen ihrer derzeitigen gesetzlichen „Verpflichtungen“ aus Steuermitteln zu finanzieren?

■ Mit welchen logistischen bzw. administrativen Maßnahmen beabsichtigt die LHM ggf. dem ausufernden Zuwandererzustrom und seinen zwangsläufigen Begleiterscheinungen für die Aufnahmegesellschaft einen Riegel vorzuschieben? Inwieweit ist im Bedarfsfall z.B. an eine striktere Einzäunung der zu erwartenden Groß-Unterkünfte im Stadtgebiet, an Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, an eine Verstärkung des Aufsichtspersonals gedacht?

■ Mit welchen Summen schlägt die Unterbringung, Betreuung und Verpflegung der immer größer werdenden Zuwandererkontingente in München im Stadthaushalt zu Buche? Welche Ausgaben werden prognostiziert?

Vieles spricht dafür, daß das bislang erhebliche Entgegenkommen der Münchner Stadtbevölkerung Zuwanderern gegenüber angesichts der Eskalation in jüngster Zeit brüchig wird. Die Stimmung könnte umschlagen. Gerade in einer solchen Situation lebt der soziale Friede von der Berechenbarkeit und Planbarkeit von Politik. Die Münchnerinnen und Münchner haben ein Anrecht darauf, von ihrer Stadtverwaltung klare Aussagen darüber zu erhalten, wie, wie lange und womöglich um welchen Preis die gegenwärtig praktizierte „Willkommenskultur“ noch aufrechterhalten werden soll. Ein vorgeblich „alternativloses“ „Weiter so“ ist den Münchner Bürgerinnen und Bürgern nicht zuzumuten.



Karl Richter  
Stadtrat